

Courage
gegen rechts
Diez Limburg

Wie vor 85 Jahren: Rechts geht's in den Krieg

Die Welt braucht Frieden!

Der Antikriegstag ist ein wichtiger Tag der Mahnung und Erinnerung. Am 1. September 1939 begann Hitler-Deutschland mit dem militärischen Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg.



*1. September vor fünf Jahren in Limburg:
Courage-Leute verhüllen den „Klotz“,
Symbol für Militarismus und Faschismus*

Wie viele Kriege begann er mit einer Lüge, nämlich mit dem fingierten Überfall auf den Sender Gleiwitz. Dieser Krieg kostete mehr als 60 Millionen Menschen das Leben und brachte unermessliches Leid über die Menschheit.

An jedem 1. September machen die Gewerkschaften und die Friedensbewegung seitdem deutlich: Wir stehen für Frieden, Demokratie und Freiheit. **Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!**

Wiesbaden ist Frontstadt

Der Krieg kommt vor die Haustür

Vortrag des Friedensaktivisten Reiner Braun

Freitag, 30. August 2024, 19 Uhr

Restaurant „Zur Turnhalle“, Ste.-Foy-Straße 16, Limburg

Es laden ein: Die *Nachdenkseiten*-Leser Limburg-Diez

Aufrüstung kostet Zukunft

Die von Olaf Scholz ausgerufene „Zeitenwende“ ist vor allem ein Aufrüstungsprogramm. Obwohl das Waffenarsenal der NATO bereits jetzt um ein Vielfaches größer ist als das Russlands, wollen Deutschland und viele andere westliche Staaten bald mehr als zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in die Aufrüstung stecken. Hierzu wurde an der Schuldenbremse vorbei ein „Sondervermögen“ – oder besser: ein Sonder-Rüstungskredit im Umfang von Hundert Milliarden Euro beschlossen.

Dabei ist immer mehr Aufrüstung nicht nur eine tödliche Gefahr für uns alle, sondern führt auch zu Sozialabbau. Schon jetzt sind die vereinbarte Kindergrundsicherung und das Klimageld dem Finanzierungsvorbehalt zum Opfer gefallen.

Unsere Gesellschaft könnte ein ganz anderes Milliarden-Investitionspaket gut gebrauchen: z. B. für Schulen, Kitas, Krankenhäuser, sozialen Wohnungsbau oder öffentlichen Nahverkehr. Diese Investitionen in die Zukunft werden fehlen, wenn das Geld für Waffen ausgegeben wird !

Deutschland macht sich kriegstüchtig

Die Militarisierung der deutschen Gesellschaft nimmt immer weiter zu. Mit den in diesem Jahr zur Verfügung stehenden 72 Milliarden Euro aus Wehretat und Sondervermögen wird ein historischer Höchstwert bei den Militärausgaben erreicht. Gleichzeitig verdienen deutsche Konzerne als fünftgrößte Waffenexporteure an Kriegen in aller Welt.

Die Militarisierung zeigt sich nicht nur im Militärbudget, sondern auch in den Medien und politischen Diskursen. Dort dominieren immer mehr kriegstreibende Narrative, Opposition gegen Aufrüstung und Krieg wird diskreditiert. Während friedliche Lösungen in den Hintergrund treten, nimmt die Werbung der Bundeswehr zu, unter anderem an Schulen.

Lebensgrundlagen für die Menschheit erhalten

Die wachsende Bereitschaft zur militärischen Konfrontation erhöht die Gefahr, dass Eskalationen außer Kontrolle geraten und Atomwaffen zum Einsatz kommen. Das wäre eine Katastrophe für die Menschheit. Es ist

erschreckend, dass dies kaum eine Rolle in den politischen Debatten spielt.

Wir fordern die Ächtung der Atomwaffen und den sofortigen Verzicht ihrer Stationierung auf deutschem Boden. Aber auch begrenzte Kriege gefährden die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen durch die Umweltzerstörung und die Anheizung des Weltklimas.

Kriegen ein Ende setzen

Nach dem mörderischen Angriff der Hamas hat Israel im Gaza-Streifen durch monatelange massive Angriffe mindestens 40.000 Menschen getötet und die Infrastruktur weitgehend zerstört. Die Zustände sind katastrophal. Der Internationale Gerichtshof hat festgestellt, dass Israel in Gaza möglicherweise einen Völkermord begeht. Die Waffen müssen sofort still stehen und die Zivilbevölkerung muss versorgt werden! Wir fordern eine friedliche und gerechte Zukunft für Israel und Palästina, in der alle Bewohnerinnen und Bewohner ohne Unterdrückung mit gleichen Rechten und politischen Freiheiten leben können.

Durch den ökonomischen Aufstieg der BRICS-Staaten wird die globale Dominanz des Westens immer mehr infrage gestellt. Dabei treten die Konflikte mit den Rivalen Russland und China, so wie in der Ukraine und Taiwan, immer offener zu Tage. Auch bei der Konfrontation im Nahen Osten geht es um die internationale und regionale Vormachtstellung. Die Streitfragen sind hier nicht etwa westliche Werte, sondern harte ökonomische Realitäten: Wer die globale Vorherrschaft innehat, der sichert seinen heimischen Konzernen die besten Chancen der Profitmaximierung.

Vor diesem Hintergrund wird auch die deutsche Aufrüstung vorangetrieben. Für uns ist klar: Sicherheit kann nicht durch Hochrüstung und militärische Interventionen erreicht werden, sondern nur durch konsequente Friedenspolitik mit Abrüstung, Achtung der Menschenrechte und mehr sozialer Gerechtigkeit. Langfristig bedeutet der Kampf für Frieden die Überwindung eines Systems, das Wirtschaftsinteressen über die der Menschen stellt.

Den vorstehenden, leicht gekürzten Text verdanken wir DGB-Gewerkschaften, Parteien und Initiativen aus Darmstadt. Sie fordern unter anderem:

- Abrüstung statt Aufrüstung Deutschlands und der NATO
- Keine Werbung der Bundeswehr in Kindergärten und Schulen
- Stopp der Waffenlieferungen in Krisen und Kriegsgebiete
- Diplomatie und Verhandlungen für Ukraine und Nahen Osten
- Für eine Außenpolitik der gemeinsamen Sicherheit

Krieg beginnt hier: Der US-Standort Wiesbaden soll für den Krieg um die Ukraine weiter ausgebaut werden. Dagegen wird am **Samstag, den 31. August demonstriert:**

11:30 S-Bahnhof Mainz-Kastel: Fahrradstaffette

14:00 S-Bahnhof Mainz-Kastel-Rückseite: Kundgebung mit Hartmut Bohrer (Die Linke), Michael Müller (NaturFreunde), Bernd Jacoby (BSW). Kulturbeitrag von Playtime

15:00 Demonstration in Mainz-Kastel



Mehr Infos

Machen Sie mit im Bündnis gegen rechts!

Mischen Sie sich ein, überzeugen Sie Zauderer - in sozialen Netzwerken, auf der Leserbriefseite Ihrer Tageszeitung, zuhause und auf der Straße. Zeigen Sie *Courage* - gerne auch zusammen mit uns, dem Bündnis *Courage gegen rechts Diez/Limburg*



Courage
gegen rechts
Diez/Limburg
www.buendnis-courage.de

Schreiben Sie uns!

Das Allerletzte

Was Bürgermeister Hahn und Stadtrat Stahnke mit der Bundeswehr „ausgehandelt“ haben, geht zum Glück kaum über die schon geltenden gesetzlichen Pflichten von „Arbeitgebern“ in Sachen Reservisten der Bundeswehr hinaus. Aber zur Entwarnung ist das kein Grund. Denn Limburg gehört doch der weltweiten, von Hiroshima und Nagasaki ausgehenden Städtebewegung *Mayors for Peace* an. Wenn die Stadt sich an dem aktuellen Militarisierungsrummel beteiligt, statt ihm entgegenzutreten, ist wohl der politische Kompass abhanden gekommen.